



# Reden

15.07.2009

## Thema – Errichtung Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Florian Streibl (FW) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, Sie wollen einen großen Sprung machen, aber dazu muss man erst einmal einen ersten Schritt machen und dazu einen Anlauf nehmen. Diesen Anlauf sehe ich im Antrag der GRÜNEN. Deswegen unterstützen wir ihn auch, denn um springen zu können, muss man, damit es etwas Gescheites wird, nicht aus dem Stand hopsen, sondern gescheit loslegen. (Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Es geht um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Das ist ein Grundrecht, ein Grundrecht auf Datenschutz und Informationsfreiheit. Dafür brauchen wir ein unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz so, wie es zum Beispiel in Schleswig-Holstein existiert. Von dem hört man einiges, dort wird auch gute Arbeit geleistet. Von dem Bayerischen Landesamt an der Regierung von Mittelfranken dagegen hört man leider nicht so viel. Da könnte man vielleicht mehr machen. Wir in Bayern wollen ja immer, wie die Mehrheit des Hauses sagt, das Optimum erreichen. Dieses Optimum können wir mit einem unabhängigen Landeszentrum schaffen. Datenskandale - bei der Bahn, bei Lidl oder der Telekom - zeigen die Spitze eines gigantischen Eisberges von Datenmissbrauch. Fast täglich werden wir von Datenmissbrauch eingeholt. Auch persönlich erleben wir immer wieder, dass wir eine unerträgliche Telefonwerbung bekommen, dass wir mit Werbemaßnahmen bombardiert werden, sodass man schon fast sagen kann: Liebe Leute, bei Anruf Betrug. Bürger werden angerufen, ihnen wird irgendetwas aufgeschwatzt. Sie sagen zwar: Wir lehnen das ab, aber am nächsten Tag ist das Geld von ihrem Konto verschwunden. Das darf nicht sein. Hier wird mit illegal beschafften Daten gehandelt und der Kriminalität Tür und Tor geöffnet. Ich kann mich aus meiner anwaltlichen Praxis an Fälle erinnern. Ungefähr vor einem Jahr habe ich erlebt, dass bei uns im Landkreis flächendeckend ältere Menschen, Mitbürgerinnen und Mitbürger angeschrieben wurden von ausländischen Lotterien. Es wurde ihnen suggeriert, sie hätten einen sechsstelligen Betrag gewonnen, obwohl sie nie an einer Lotterie teilgenommen hatten. In einem Fall, der sich bei mir in der Praxis abspielte, wurde ein Mann um einen fünfstelligen Betrag erleichtert. Da haben wir es wirklich mit Auswüchsen der organisierten Kriminalität zu tun. Aufklärung, Schutz und Sicherheit für unsere Bürger sind oberstes Gebot, und dazu brauchen wir ein unabhängiges Landeszentrum so, wie es auch von der EU gefordert wird. Das nächste Problem, das der Herr Innenminister im Ausschuss angesprochen hat, sind die Webcams, die überall im privatrechtlichen Bereich hängen und Aufzeichnungen machen. Wo ich geh' und wo ich steh', werde ich von Webcams beobachtet und bin live im Internet zu sehen. Das ist die Realität von Webcams und keine Utopie. Hiermit befasst sich auch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein. Es gibt über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus Kaffeehausbetreiber, die ihre Mitarbeiter und auch die Gäste durch Webcams überwachen. Der Unternehmer überwacht aber nicht nur seine Gäste und die Mitarbeiter, sondern diese Daten werden auch live ins Internet gestellt. Es sind zwar nur flüchtige Sequenzen, die wir im Internet sehen können, aber diese Bildsequenzen sind weltweit einsehbar, sind speicherbar, reproduzierbar und manipulierbar. Wir wissen nicht mehr, was mit unserem Bild im Internet geschieht. Hier ist ein ungemein großes Missbrauchspotenzial gegeben. Deswegen ist für mich Datenschutz kein bürgerrechtliches Feigenblatt für einige wenige, sondern es ist für die Zukunft eine der größten Herausforderungen unserer



**BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
Florian Streibl**

Gesellschaft, eine der größten Herausforderungen für den freiheitlichen Rechtsstaat insgesamt; denn es geht nicht nur um den Schutz der Person und der Privatsphäre, sondern auch um Schutz und Sicherheit in Handel und Wirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Hier entsteht auch ein massenhafter wirtschaftlicher Schaden. Wenn einzelnen Bürgern durch irgendwelche Telefonanrufe auch nur 20 Euro aus der Tasche gezogen werden, so summiert sich das. Das ist ein volkswirtschaftlicher Schaden, bei dem im Grunde auch unsere Kollegen von der FDP schreien müssten: Hier muss etwas getan werden. Hier muss einfach gehandelt werden.

Deswegen fordern wir dieses unabhängige Landeszentrum und den ersten Schritt in die richtige Richtung; denn der Datenschutz ist in unserer Sicht auch ein Schutz der Würde unserer Person. Man darf in der Öffentlichkeit nicht alles mit unseren persönlichen Daten tun. Dabei geht es um den Datenschutz nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber der privaten Wirtschaft, den privaten Unternehmen. Sie haben es richtig erkannt: Dieser Datenschutz gehört in eine Hand. Aber dazu müssen wir uns langsam auf den Weg machen. Das müssen wir vorbereiten. Möglicherweise muss eine Verfassungsänderung vorgenommen werden. Viele kleine Schritte sind notwendig. Hierzu hat der Antrag der GRÜNEN ein Signal gesetzt. Er bringt eine Initialzündung, damit man in die Gänge kommt und es vorwärtsgeht. Sonst würde hier eigentlich nichts passieren. Datenschutz ist angewandter Verbraucherschutz. Da wollen wir zu dem ersten großen Schritt Anlauf nehmen, um dann den Sprung zu einer Änderung zu schaffen. Wir müssen in Bayern einen Datenschutz gegenüber dem öffentlichen Bereich und der privaten Wirtschaft aus einer Hand bekommen, auf den wir stolz sein können. Unser Standort in Bayern muss von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenehm empfunden werden. Sie müssen hier sicher leben können. Sicherheit braucht aber auch die Wirtschaft, damit sie gut Handel treiben kann. Man darf aber auch nicht die Angst haben, einem Missbrauch ausgesetzt zu sein. Denn wer kauft etwas, wenn er nicht weiß, ob er dabei einem Betrug aufgesessen ist!

Hier muss also gehandelt und Klarheit geschaffen werden. Dazu brauchen wir ein Zentrum, welches alle Dinge unabhängig auf den Tisch legt. Das muss ohne Lobbyismus, ohne Einflussnahme geschehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)